



## Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

An den  
Vorsitzenden des  
Stadtentwicklungsausschusses  
Herrn Karl-Jürgen Klipper

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn  
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 21.10.2010

**AN/1904/2010**

### Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Stadtentwicklungsausschuss	04.11.2010

### Vertiefte Bürgerbeteiligung für das so genannte Helios-Gelände in Köln-Ehrenfeld

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrter Herr Klipper,

die Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln im Rat der Stadt Köln bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses zu setzen:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Bauplanungsverfahren (ggf. städtebaulicher Planungswettbewerb oder B-Plan-Verfahren) des so genannten Helios-Geländes in Köln-Ehrenfeld eine Bürgerbeteiligung nach dem Modell 3 durchzuführen. Die Ausgestaltung soll wie folgt stattfinden:

- 1.) Die Bürgerbeteiligung soll durch einen externen Moderator (Mediator) in einer Auftaktveranstaltung, mindestens sechs, für den Bürger offenen, Workshops zu einzelnen Themenfeldern wie z.B. Verkehr, Einzelhandel, Stadtbild usw. und einer Abschlussveranstaltung durchgeführt werden.
- 2.) Die Bürgerbeteiligung soll mit dem größtmöglichen Wirkungsgrad beworben werden, d.h. neben einer Einladung durch die Medien, beispielsweise auch durch Flugblätter.
- 3.) Der Abschlussbericht ist den zuständigen Gremien vom Moderator vorzulegen.
- 4.) Die Verwaltung soll dem Stadtentwicklungsausschuss Vorschläge machen, in welcher Form die Einrichtung eines projektbegleitenden Beirates sinnvoll ist.

Zur Begründung: Nicht erst seit den Protesten von Stuttgart 21 sollte der Politik auch in Köln klar sein, dass der Bürger bei gravierenden Bauprojekten in seiner Stadt beteiligt werden will. Neben den Experten der Verwaltung können die ortsansässigen Bürger oder auch dort Berufstätigen aus ihrer Alltagserfahrung viele sinnvolle Gestaltungsvorschläge machen, die einer zentralisierten Stadtplanungsbehörde so nicht zugänglich beziehungsweise bekannt sind. Aus dem so genannten Rahmenplanverfahren Ehrenfeld-Braunsfeld-Müngersdorf sind mit einer Vorgehensweise, wie sie die

Fraktion pro Köln in diesem Fall vorschlägt, gute Erfahrungen gewonnen worden. Bei dem oben bezeichneten Projekt hat es schon eine Informationsveranstaltung der Bezirksvertretung gegeben, zu der mehr als 1000 Teilnehmer erschienen sind. Es ist also davon auszugehen, dass hier ein erhöhtes Bürgerinteresse vorliegt. Investor, Verwaltung und Politik sollten dem Rechnung tragen, damit das B-Plan-Verfahren neben der rechtlichen auch eine demokratische und damit tatsächliche Legitimation hat.

Gez.  
Uckermann